

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Renata Alt, Alexander Graf Lambsdorff, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/18026 –**

Illegale Kleinwaffen auf dem Westbalkan

Vorbemerkung der Fragesteller

In den letzten Jahrzehnten haben Kleinwaffen und leichte Waffen mehr Menschenleben gefordert als jede andere Waffenart (Jahresabrüstungsbericht 2018, Bundestagsdrucksache 19/9815). Kleinwaffen können auch lange nach Ende eines Konflikts die Sicherheit vor Ort gefährden und zur Destabilisierung von Gesellschaften und Staaten beitragen. Laut dem Jahresabrüstungsbericht 2018 der Bundesregierung ist davon auszugehen, dass sich in der Region Westbalkan (Serbien, Montenegro, Kosovo, Albanien, Nordmazedonien und Bosnien-Herzegowina) noch immer große illegale Waffenbestände befinden – in staatlichen Lagern sowie in Privatbesitz. Schätzungen zufolge befinden sich noch bis zu sechs Millionen Kleinwaffen aus Kriegszeiten in der Region (<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/abruestung-ruestungskontrolle/-/2118218>). Die Dichte der militärischen und zivilen Kleinwaffen im Westbalkan, die illegal im Umlauf sind, zählt den zu den höchsten der Welt (<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mehr-wirtschaft/eu-will-stroengere-kontrollen-fuer-waffen-im-westbalkan-15682619.html>). Laut Aussage der Bundesregierung entspricht die überwiegende Mehrheit der Lagereinrichtungen für Munition und Waffen in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens sowie Albaniens zudem nicht den hohen westlichen Sicherheitsstandards (vgl. Antwort der Bundesregierung auf Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 18/4916). Mit mangelnder Sicherung von staatlichen Waffenbeständen und Munitionsbeständen steigt auch die Proliferationsgefahr (Rüstungsexportbericht 2018, <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Aussenwirtschaft/ruestungsexportbericht-2018.html>). Dadurch sind auch deutsche und europäische Sicherheitsinteressen berührt.

Im Rahmen des Westbalkan-Gipfels im Juli 2018 wurde auf deutsch-französische Initiative hin ein Regionalfahrplan zur Lösung des Kleinwaffenproblems in den Staaten des westlichen Balkans bis 2024 vorgestellt, um die Kontrolle über illegale Waffenbestände zu erlangen, dem illegalen Handel in und aus diesen Staaten heraus entgegenzuwirken und die Voraussetzungen für einen EU-Beitritt zu schaffen (Jahresabrüstungsbericht 2018, Bundestagsdrucksache 19/9815; <https://www.diplomatie.gouv.fr/de/aussenpolitik-frankreichs/landerinformationen-erklarungen/europa/westbalkan/article/deutsch-franzosische-initiative-zur-bekampfung-des-unerlaubten-waffenhandels-in>). In diesem Rahmen wurde außerdem die „signifikante“ Verringerung der Verbrei-

tung illegaler Schusswaffen, Munition und Sprengmittel bis 2024 sowie die Verschrottung von Kleinwaffen und Leichtwaffen in „substantiellem“ Umfang vereinbart (https://www.focus.de/politik/ausland/verschrottung-als-voraussetzung-fuer-eu-beitritt-2025-westbalkan-soll-kleinwaffen-besser-kontrollieren_id_9231870.html). Das Bundeskriminalamt (BKA) hat zudem im Rahmen der europäischen Polizeizusammenarbeit ein Ankaufprogramm durch die EU-Kommission angeregt (https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_84329376/eu-soll-riesen-waffenlager-auf-dem-balkan-aufkaufen.html).

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Bundesregierung setzt sich seit vielen Jahren mittels verschiedener Maßnahmen für eine verbesserte Kleinwaffenkontrolle im Westlichen Balkan ein. Eine Übersicht über deutsche Unterstützungsleistungen seit 2016 kann der Anlage entnommen werden. Für deutsche Unterstützungsleistungen vor 2016 wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 18/4916 verwiesen.

Seit 2018 werden diese Maßnahmen zusammen mit den Aktivitäten anderer Geber durch einen regionalen Fahrplan zur umfassenden Kleinwaffenkontrolle auf dem Westlichen Balkan gebündelt und koordiniert. Der Fahrplan wurde als deutsch-französische Initiative in Reaktion auf die Attentate von Paris im November 2015 entwickelt, bei denen illegale Waffen aus dem Westbalkan zum Einsatz kamen. Kern der Initiative ist eine regionale „Roadmap“ mit sieben Zielen und 14 Schlüsselindikatoren. Ziel ist, die Proliferation von Kleinwaffen aus dem Westbalkan bis 2024 umfassend unter Kontrolle zu bringen. Koordiniert wird die Umsetzung der „Roadmap“ durch die Zentralstelle Südost- und Osteuropa für die Kontrolle von Kleinwaffen und leichten Waffen des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP SEESAC). Internationale und regionale Organisationen wie UNDP, das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und die NATO wirken mit. Die Umsetzung der „Roadmap“ steht am Anfang. Die Erfahrungen zeigen schon jetzt, dass sich das Konzept mit Blick auf die Projektkoordinierung und -Steuerung bewährt und auch in weiteren Regionen mit Kleinwaffenproblemen auf Interesse stößt.

1. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die aktuell in der Region des Westbalkans befindliche Menge an Waffen und Munition, die sich der staatlichen Kontrolle, z. B. durch als illegal einzustufenden privaten Besitz, entziehen (bitte nach Ländern aufschlüsseln)?

Wie viele stammen nach Kenntnis der Bundesregierung davon jeweils aus deutscher Produktion?

Die Bundesregierung hat keine abschließenden Erkenntnisse zur Menge an illegalen Waffen und Munition, zumal es sich um Bestände handelt, die zu einem großen Teil staatlicher Kontrolle entzogen sind. Schätzungen von Forschungseinrichtungen, zum Beispiel des Forschungsprojekts „Small Arms Survey“, legen einen Wert von bis zu vier bis sechs Millionen illegalen Kleinwaffen nahe (vgl. <http://www.smallarmssurvey.org/fileadmin/docs/L-External-publications/2018/2018-AUT-Carapic-Gassmann-Mapping-Assistance-WBalkans.pdf>).

Zu Kleinwaffen und Munition in illegalem Besitz aus deutscher Produktion liegen der Bundesregierung keine Kenntnisse vor.

2. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Depots für überschüssige Waffen und Munition in den Staaten des Westbalkan und deren Schutz vor unbefugtem Zugriff?

Die Bundesregierung hat keine Kenntnisse über Depots, in denen lediglich überschüssige Waffen und Munition gelagert werden.

Die Bundesregierung unterstützt seit vielen Jahren durch verschiedene Maßnahmen der Vereinten Nationen, der OSZE und der NATO die Sicherung von Waffen- und Munitionsdepots in den Staaten des Westlichen Balkans. Durch diese Maßnahmen konnte der Schutz vieler Lagereinrichtungen bereits verbessert und somit unbefugter Zugriff auf Waffen und Munition wesentlich erschwert werden. Der Abschluss dieser Maßnahmen ist im Rahmen der „Roadmap“ zur umfassenden Kleinwaffenkontrolle auf dem Westlichen Balkan bis 2024 vorgesehen.

3. Verfügt die Bundesregierung über Kenntnisse, wonach Waffen und Munition aus diesen Depots in Konfliktgebiete und Krisengebiete gelangen (bitte nach Herkunftsland und Zielland aufschlüsseln)?

Wie viele stammen nach Kenntnis der Bundesregierung davon jeweils aus deutscher Produktion?

Auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 18/4916 wird verwiesen.

Darüber hinaus verfügt die Bundesregierung über keine Erkenntnisse, wonach Waffen und Munition aus diesen Depots in Konflikt- und Krisengebiete gelangen.

Zu Waffen und Munition aus deutscher Produktion, die über Depots im Westlichen Balkan in Konflikt- und Krisengebiete gelangten, liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

4. Welche Initiativen hat die Bundesregierung mit dem Ziel der Eindämmung illegalen Waffenbesitzes sowie illegalen Handels mit Waffen aus dem Westbalkan bisher unternommen, und welche Erkenntnisse und Fortschritte hat die Bundesregierung dabei erzielt (bitte nach Ländern aufschlüsseln)?

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung sowie auf die Anlage verwiesen.

Neben der Arbeit auf politischer und Projektebene kooperiert Deutschland auch auf technischer Ebene mit den Staaten des Westlichen Balkans mit dem Ziel der Eindämmung von illegalem Waffenbesitz sowie illegalen Handels mit Waffen aus dem Westbalkan. So ist das Bundeskriminalamt im Rahmen der Plattform „European Multidisciplinary Platform against Criminal Threats“ (EMPACT) aktiver Teilnehmer des „Operational Action Plans (OAP) 4.1“, der das Ziel der verstärkten Zusammenarbeit mit den Westbalkanstaaten im Bereich der Waffenkriminalität verfolgt.

Im Rahmen dieses OAPs finden jährlich sogenannte „Joint Action Days“ (JADs) unter Beteiligung des Bundeskriminalamts statt. Hierbei werden in enger Zusammenarbeit mit den Westbalkan-Staaten gezielt Fahrzeuge (PKW, LKW, Reisebusse) auf Schusswaffen kontrolliert.

5. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zum Stand der Umsetzung des Regionalfahrplans sowie der Mobilisierung finanzieller Mittel aus der Ende Januar 2020 i. R. der deutsch-französischen Initiative stattgefundenen Konferenz in Berlin gezogen?

Zur Umsetzung der „Roadmap“ zur umfassenden Kleinwaffenkontrolle auf dem Westlichen Balkan bis 2024 haben alle sechs Westbalkan-Staaten nationale Aktionspläne erarbeitet. Bei der Ministerkonferenz von Deutschland, Frankreich und den Westbalkanstaaten am 31. Januar 2020 in Berlin wurden für das erste Jahr der Umsetzung Fortschritte unter anderem in den Bereichen Grenzsicherung und Kapazitätsaufbau, Verbesserung von Datenerhebungen und regionaler Zusammenarbeit festgestellt. Als besondere Herausforderungen wurden bei der Konferenz die Sicherung von grünen und See-Grenzen, die begrenzten administrativen Kapazitäten der Kleinwaffenkontrollinstitutionen sowie die Notwendigkeit zu weiteren Effizienzsteigerungen des Strafjustizsystems identifiziert. Neben inhaltlichen Fortschritten ging von der Konferenz erneut das Signal aus, dass die Kontrolle von Kleinwaffen in allen sechs Westbalkan-Staaten auf höchster Ebene als politische Priorität verankert ist – nahezu alle Westbalkan-Staaten waren auf der Berliner Ministerkonferenz sowohl mit ihren Außen- als auch Innenministern vertreten.

Auf der Konferenz wurden Zusagen über finanzielle Förderungen in Höhe von 29 Mio. Euro für die Initiative gemacht. Zusammen mit den 16 Mio. Euro, die bei der ersten Ministerkonferenz unter deutsch-französischem Vorsitz im Dezember 2018 in Paris eingeworben wurden, stehen damit insgesamt 45 Mio. Euro für die Umsetzung der Projektarbeit zur Verfügung.

6. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung aus den lokalen Koordinierungstreffen im Rahmen des Regionalfahrplans zur Bekämpfung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen in den Westbalkan-Staaten gezogen?

Nationale Koordinierungstreffen im Rahmen der „Roadmap“ zur umfassenden Kleinwaffenkontrolle auf dem Westlichen Balkan finden seit 2019 zur Vorbereitung auf zweimal jährlich tagende Regionalkonferenzen statt. Dabei kommen jeweils Vertreterinnen und Vertreter der Innen- und Außenministerien der Westbalkan-Staaten mit Vertreterinnen und Vertretern der Geber und der Durchführungsorganisationen zusammen. Die Konferenzen seit 2019 dienten insbesondere dazu, die Projektarbeit zu bewerten und zu koordinieren (siehe www.seesac.org/Roadmap-Coordination). Das wird auch weiterhin erfolgen.

Vor 2019 wurden von Deutschland und Frankreich organisierte nationale Koordinierungstreffen in den Westbalkan-Staaten vor allem dafür genutzt, den regionalen Fahrplan und die jeweiligen nationalen Aktionspläne zu erstellen und abzustimmen.

7. Welche konkreten Schritte wurden bisher unternommen, um die geplante Übergabe der deutsch-französischen Initiative an die EU ab 2020 zu vollziehen und deren Aktionspläne für den Westbalkan zu integrieren?

Die Europäische Union (EU) wurde bereits in der Konzeptionsphase der Initiative eingebunden und regelmäßig konsultiert. Die Laufzeit der „Roadmap“ bis 2024 wurde so gewählt, dass sie sich in den geplanten zweiten EU-Aktionsplan gegen illegalen Waffenhandel in Südosteuropa 2020–2024 einpasst. Seit 2018 stellt die EU Mittel zur Umsetzung der regionalen „Roadmap“ zur Verfügung (vgl. Beschlüsse 2018/1788 und 2019/2111 des Rates der Europäischen Union). Auf der ersten deutsch-französischen Ministerkonferenz der Initiative im De-

zember 2018 in Paris kündigten EU-Vertreter an, die Initiative in den EU-Aktionsplan gegen illegalen Waffenhandel in Südosteuropa zu integrieren. Dies wurde bei der zweiten Ministerkonferenz im Januar 2020 in Berlin bekräftigt, an der die EU-Kommissarin für Inneres, Ylva Johansson, sowie der EU-Erweiterungskommissar, Olivér Várhelyi, teilnahmen.

8. Welche konkreten Ziele und Maßnahmen im Bereich Kleinwaffenkontrolle plant die Bundesregierung mit den Ländern der Region im Rahmen des Westbalkan-Gipfels in Zagreb im Frühjahr 2020 zu setzen?

Beim geplanten Westbalkan-Gipfel der EU-Ratspräsidentschaft in Zagreb ist eine explizite Befassung mit dieser Thematik nicht vorgesehen.

9. Welche Auswirkungen hatte nach Kenntnis der Bundesregierung die seit 2017 überarbeitete EU-Kleinwaffenstrategie sowie die in diesem Zusammenhang verstärkte Ausrichtung auf Unterstützung von Post-Konflikt-Regionen und Krisenregionen beim Kampf gegen illegale Waffenproliferation auf die illegalen Waffenströme aus den Ländern des Westbalkan?

Die bilaterale und regionale Unterstützung der Staaten des Westlichen Balkans durch die Bundesregierung im Kampf gegen illegalen Waffenbesitz und -handel gehen Hand in Hand mit der Strategie der EU gegen unerlaubte Feuerwaffen, Kleinwaffen, leichte Waffen und Munition, die am 19. November 2018 verabschiedet wurde. Dabei nimmt die Strategie ausdrücklich Bezug auf die Aktivitäten der „Roadmap“ zur umfassenden Kleinwaffenkontrolle auf dem Westlichen Balkan bis 2024. In den letzten Jahren ist ein deutlicher Anstieg von finanziellen Mitteln aus dem EU-Haushalt für Projekte und Aktivitäten mit Fokus auf dem Kampf gegen illegale Waffenproliferation und illegalen Waffenbesitz auf dem Westlichen Balkan und anderen Regionen zu verzeichnen.

10. Welchen Beitrag leistet die Bundesregierung bei der Verringerung von Privatbesitz illegaler Kleinwaffen in den Ländern des Westbalkan?

Es wird auf die Übersicht in der Anlage verwiesen.

11. Inwiefern unterstützt die Bundesregierung die Länder des Westbalkans bei der Einführung staatlicher Transparenzregisters für Kleinwaffen und Munition?

Es wird auf die Übersicht in der Anlage verwiesen.

Auf technischer Ebene hat das Zentrum für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr 2015/2016 und 2017 die OSZE bei der Durchführung verschiedener Seminare und Workshops in Wien sowie in den Ländern des Westlichen Balkans zur Verbesserung der Transparenz und des Informationsaustausches sowie der Identifizierung und Kategorisierung zu den Themen Kleinwaffen und konventionelle Waffensysteme unterstützt.

12. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Zahl mit illegalen Kleinwaffen verübter Straftaten in den Ländern des Westbalkan (bitte nach Ländern seit 2013 aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine eigenen Erkenntnisse vor. Es wird auf die öffentlich zugänglichen Publikationen von UNDP SEESAC (www.seesac.org/Roadmap-Coordination) verwiesen.

13. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Zahl politisch motivierter Straftaten und den in diesem Zusammenhang erfolgten Einsatz illegaler Kleinwaffen in den Ländern des Westbalkan?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine belastbaren Daten vor.

14. Welchen Beitrag leistet die Bundesregierung bei der Ertüchtigung von Waffenlagern, der Vernichtung von Waffenüberschüssen und Munitionsüberschüssen, der Identifizierung der Quellen illegaler Waffenströme und der strafrechtlichen Verfolgung der Täter in den Ländern des Westbalkan?

Es wird auf die Übersicht in der Anlage verwiesen.

15. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über ein vom Bundeskriminalamt über die europäische Polizeizusammenarbeit angeregte Initiative zu einem Ankaufprogramm für Schusswaffenarsenale der Länder des Westbalkan durch die EU und den Stand der Gespräche zwischen BKA, Ministerien, anderen Regierungen und Behörden?

Im Rahmen des operativen Aktionsplans 2017 regte das Bundeskriminalamt den Ankauf von Waffen im Westlichen Balkan an, die sich im Privatbesitz befinden oder als Überschuss („surplus“) klassifiziert wurden. Die Europäische Kommission hat dazu nach Kenntnis der Bundesregierung eine Machbarkeitsstudie durchgeführt. Das Ergebnis liegt der Bundesregierung bislang nicht vor.

16. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den Stand der in der gemeinsamen Vereinbarung im Rahmen des Westbalkan-Gipfels im Juli 2018 festgehaltenen „signifikanten“ Verringerung der Verbreitung illegaler Schusswaffen, Munition und Sprengmittel bis 2024 sowie über den Stand der Verschrottung von Kleinwaffen und Leichtwaffen in „substantiellem“ Umfang?

Die Umsetzung der regionalen „Roadmap“ hat 2019 begonnen und ist auf weitere vier Jahre angelegt. Daher ist zum jetzigen Zeitpunkt lediglich eine erste Zwischenbilanz möglich.

Berichte zum Stand der Umsetzung der regionalen „Roadmap“ und der Schlüsselindikatoren liegen für den Zeitraum bis Juni 2019 vor. Diese Berichte sind auf der Website von UNDP SEESAC abrufbar (www.seesac.org/Roadmap-Monitoring).

Diesen Berichten zufolge konnten bislang 6.666 Kleinwaffen und über 155.000 Schuss Munition im jeweiligen Landesinneren sowie 217 Kleinwaffen und über 11.900 Schuss Munition an den verschiedenen Landesgrenzen sichergestellt werden. Außerdem wurden im Zeitraum Januar 2018 bis Juni 2019 über 10.000 überschüssige Kleinwaffen sowie über 14,5 Millionen Schuss überschüssige Munition zerstört. Die Erhebung dieser Zahlen und insbesondere die Vergleich-

barkeit in Bezug auf die Region sind dabei teilweise erst im Rahmen der regionalen „Roadmap“ ermöglicht worden. Die weiteren geplanten Aktivitäten sollen bis 2024 zu einer signifikanten Verringerung der Verbreitung illegaler Kleinwaffen und Munition sowie einer Verschrottung von erheblichen Mengen an Klein- und Leichtwaffen führen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird die Bundesregierung die Umsetzung weiterhin eng begleiten.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Anlage 1

Jahr	Land	Projekt/Konferenz	Beitrag in Euro
2016	Albanien	Unterstützung der OSZE bei einem Projekt zur Zerstörung gefährlicher Chemikalienrückstände aus Munition in Albanien	144.000
2016	Bosnien und Herzegowina	Unterstützung von UNDP beim Projekt „EXPLODE+“, Zerstörung von konventioneller Munition, in Bosnien-Herzegowina	350.000
2016	Kosovo	Unterstützung von UNDP beim Kleinwaffenkontrollprojekt „FERM“ in Kosovo (Schwerpunkt: Ausbildungsmaßnahmen, Erstellung einer Datenbank, Zertifizierung von Lagerstätten nach internationalen Standards)	107.000
2016	Montenegro	Einzahlung in den NATO-Treuhandfonds Montenegro zur Zerstörung von Überschussmunition	222.000
2016	Serbien	Einzahlung in den NATO-Treuhandfonds Serbien zur Zerstörung von Überschussmunition	840.000
2016	Südosteuropa	Unterstützung des „Regionalzentrums in Südosteuropa für Fragen des Sicherheitsdialogs“ RACVIAC bei Durchführung von Seminaren zur Vertrauensbildung	45.000
2016	Überregional	Freiwilliger Beitrag zum OSZE-Trust Fund für Projekte im Bereich Kleinwaffenkontrolle und sichere Lagerhaltung konventioneller Munition 2016-2017 (davon 1,84 Mio. Euro für Projektimplementierung 2017, Projektländer 2016: Bosnien und Herzegowina , Georgien, Kirgisistan, Moldau, Montenegro , Serbien und Weißrussland)	2.310.000
2017	Bosnien und Herzegowina	Unterstützung von UNDP beim Projekt „EXPLODE+“, Zerstörung von Kleinwaffenmunition und konventioneller Munition in Bosnien-Herzegowina	475.000
2017	Bosnien und Herzegowina	Unterstützung der Nichtregierungsorganisation „HALO Trust“ bei einem Projekt zur Registrierung und Markierung der Waffen der Armee in Bosnien und Herzegowina	148.000
2017	Kosovo	Unterstützung von UNDP beim Kleinwaffenkontrollprojekt „FERM“ in Kosovo (Schwerpunkt: Legalisierung und Einsammeln von Waffen, Angleichung Waffengesetz an EU-Feuerwaffenrichtlinie.)	280.000
2017	Westbalkan	Unterstützung von UNDP SEESAC bei der Durchführung einer hochrangigen Konferenz zur Kleinwaffenkontrolle auf dem Westbalkan (2017-2018)	5.000
2017	Westbalkan	Unterstützung von UNODC bei einem Regionalprojekt zum Kapazitätsaufbau in ausgewählten Ländern des Westbalkan zur Bekämpfung des illegalen Waffenhandels (2017-2018)	196.000

Anlage 1

2017	Südosteuropa	Unterstützung des „Regionalzentrums in Südosteuropa für Fragen des Sicherheitsdialogs“ RACVIAC bei Durchführung von Seminaren zur Vertrauensbildung	50.000
2017	Überregional	Freiwilliger Beitrag zum OSZE-Trust Fund für Projekte im Bereich Kleinwaffenkontrolle und sichere Lagerhaltung konventioneller Munition in Ost- und Südosteuropa für Projektarbeit 2018-2019 (Ende 2016 Einzahlung 1,84 Mio. Euro für Projektarbeit 2017-2018, Projektländer 2017: Bosnien und Herzegowina , Georgien, Nordmazedonien , Montenegro , Serbien , Ukraine und Regionalprojekt Zentralasien)	3.140.000
2018	Bosnien und Herzegowina	Unterstützung von UNDP beim Projekt „Countering Illicit Arms Trafficking in Bosnia and Herzegovina – CIAT“, Projekt zur Eindämmung des illegalen Waffenhandels an den Außengrenzen Bosnien und Herzegowinas (2017-2018)	300.000
2018	Bosnien und Herzegowina	Unterstützung von UNDP beim Projekt „Countering Illicit Arms Trafficking in Bosnia and Herzegovina – CIAT – Phase II, Fortsetzungsprojekt zur Eindämmung des illegalen Waffenhandels an den Außengrenzen Bosnien und Herzegowinas	250.000
2018	Bosnien und Herzegowina	Unterstützung der Nichtregierungsorganisation „HALO Trust“ bei einem Projekt zur Registrierung und Markierung der Waffen der Armee in Bosnien und Herzegowina	190.000
2018	Bosnien und Herzegowina	Unterstützung von UNDP beim Projekt „EXPLODE+“, Zerstörung von Kleinwaffenmunition und konventioneller Munition in Bosnien und Herzegowina	190.000
2018	Kosovo	Unterstützung von UNDP beim Kleinwaffenkontrollprojekt „FERM“ in Kosovo (Schwerpunkt: Angleichung Waffengesetz an EU-Feuerwaffenrichtlinie, Implementierung des Gesetzes zur Legalisierung und freiwilligen Abgabe, Verbesserung der Waffenregistrierung, Lizenzierung und der Import- und Exportdatenbank)	131.000
2018	Montenegro	Einzahlung in den NATO-Treuhandfonds Montenegro zur Entmilitarisierung von Munitionsüberschüssen	230.000
2018	Westbalkan	Unterstützung von UNDP SEESAC bei der Durchführung einer hochrangigen Konferenz zur Kleinwaffenkontrolle auf dem Westbalkan (2017-2018)	45.000
2018	Westbalkan	Unterstützung von UNDP SEESAC bei der Entwicklung einer web-basierten digitalen Informationsplattform über die von Waffenmissbrauch und illegalem Waffenbesitz ausgehenden Gefahren auf dem Westbalkan	38.000
2018	Westbalkan	Unterstützung von UNDP SEESAC bei der Entwicklung einer regionalen Roadmap und parallel entstehender sechs Aktionspläne zur umfassenden Verhinderung, Überwachung und strafrechtlichen Verfolgung des illegalen Besitzes und des	195.000

Anlage 1

2018	Westbalkan	Missbrauchs von Feuerwaffen auf dem Westbalkan Einzahlung in den Treuhandfonds von UNDP „Funding Windows Governance for Inclusive and Peaceful Societies“ zur Förderung von Projekten zur Unterstützung der Implementierung der „Roadmap“ zur umfassenden Kleinwaffenkontrolle auf dem Westlichen Balkan bis 2024 (für Projektarbeit ab 2018) Im Rahmen des Funding Windows werden folgende Projekte und Aktivitäten umgesetzt: - „Missbrauch von Kleinwaffen im häuslichen Kontext beenden“, durchgeführt durch UNDP Serbien - Kapazitätsaufbau für das serbische Innenministerium im Bereich Kleinwaffenkontrolle, durchgeführt durch UNDP Serbien - Unterstützung für das albanische Justizwesen zur besseren Verfolgung von Schusswaffen-Kriminalität, durchgeführt durch UNDP Albanien - „Countering Illicit Arms Trafficking in Bosnia and Herzegovina – CIAT“, Projekt zur Eindämmung des illegalen Waffenhandels an den Außengrenzen Bosnien und Herzegowinas (2017-2018), durchgeführt durch UNDP Bosnien und Herzegowina - Projekt „EXPLODE+“, Zerstörung von Kleinwaffenmunition und konventioneller Munition in Bosnien-Herzegowina, durch UNDP Bosnien- und Herzegowina - Projekt zur Unterstützung von Grenzbehörden im Kampf gegen Schmuggel von Kleinwaffen und Munition, durchgeführt von UNDP Kosovo - Kapazitätsaufbau beim Innenministerium von Nordmazedonien in den Bereichen sichere Lagerhaltung und Datenerhebung, durchgeführt von UNDP Nordmazedonien - Projekt zur Verbesserung der sicheren Lagerhaltung von Kleinwaffen und konventioneller Munition, durchgeführt von UNDP Montenegro	5.500.000
2018	Westbalkan	Unterstützung von UNODC bei Regionalprojekten zum Kapazitätsaufbau in ausgewählten Ländern des Westbalkan zur Bekämpfung des illegalen Waffenhandels (2017-2018 und 2018-2019)	252.000
2018	Südosteuropa	Unterstützung des „Regionalzentrums in Südosteuropa für Fragen des Sicherheitsdialogs“ RACVIAC bei Durchführung von Seminaren zur Vertrauensbildung	50.000
2018	Überregional	Freiwilliger Beitrag zum OSZE-Trust Fund für Projekte im Bereich Kleinwaffenkontrolle und sichere Lagerhaltung konventioneller Munition in	900.000

Anlage 1

		Ost- und Südosteuropa für Projektarbeit 2019-2020 (Ende 2017 Einzahlung 3.140.000 Euro für Projektarbeit 2018-2019, Projektländer 2018: Armenien, Bosnien und Herzegowina , Georgien, Nordmazedonien , Montenegro , Serbien , Ukraine und Regionalprojekt Zentralasien sowie überregionaler Projekte)	
2019	Bosnien und Herzegowina	Unterstützung der Nichtregierungsorganisation „HALO Trust“ bei einem Projekt zur Registrierung und Markierung der Waffen der Armee in Bosnien und Herzegowina	336.000
2019	Bosnien und Herzegowina	Unterstützung des „United World College“ in Mostar, Bosnien und Herzegowina , bei der Durchführung der Veranstaltung „Mostar Model United Nations“, einer Konferenz für Schülerinnen und Schüler und Studierende über die Vereinten Nationen, Friedenssicherung sowie Kleinwaffenkontrolle	17.000
2019	Westbalkan	Unterstützung von UNODC bei Regionalprojekten zum Kapazitätsaufbau in ausgewählten Ländern des Westbalkans zur Verhinderung der Herstellung von illegalen Waffen und illegalem Waffenhandel (2018-2019)	421.000
2019	Westbalkan	Einzahlung in den Treuhandfonds von UNDP „Western Balkans Small Arms and Light Weapons Control Multi Partner Trust Fund“ zur Förderung von Projekten zur Unterstützung der Implementierung des Fahrplans zur umfassenden Kleinwaffenkontrolle auf dem Westlichen Balkan bis 2024 (für Projektarbeit ab 2019) Im Rahmen des „Multi Partner Trust Fund“ werden bisher folgende Projekte und Aktivitäten umgesetzt: - Kapazitätsaufbau bei der Grenzsicherung in Bosnien und Herzegowina, durchgeführt von UNDP und UNODC - Kapazitätsaufbau für Kriminalpolizei in Kosovo in den Bereichen illegaler Waffenbesitz und Waffenschmuggel, durchgeführt UNDP Kosovo - Unterstützung der Strafverfolgungsbehörden im Westlichen Balkan beim Aufbau von Kapazitäten in der Strafverfolgung von Schusswaffendelikten, durchgeführt durch UNODC - Unterstützung von UNDP beim Projekt „EXPLODE+“, Zerstörung von konventioneller Munition, in Bosnien-Herzegowina	4.450.000
2019	Westbalkan	Evaluierung der Projekte in Umsetzung der Westbalkan- „Roadmap“	43.000
2019	Südosteuropa	Unterstützung des „Regionalzentrums in Südosteuropa für Fragen des Sicherheitsdialogs“ RACVIAC bei Durchführung von Seminaren zur	50.000

Anlage 1

		Vertrauensbildung	
2019	Überregional	Freiwilliger Beitrag zum OSZE-Trust Fund für Projekte im Bereich Kleinwaffenkontrolle und sichere Lagerhaltung konventioneller Munition in Ost- und Südosteuropa für Projektarbeit 2019-2021 (Projektländer 2019: Armenien, Bosnien und Herzegowina , Georgien, Nordmazedonien , Montenegro , Serbien , Ukraine und Regionalprojekt Zentralasien sowie überregionale Projekte)	900.000
2020	Bosnien und Herzegowina	Unterstützung der Nichtregierungsorganisation „HALO Trust“ bei einem Projekt zur Registrierung und Markierung der Waffen der Armee in Bosnien und Herzegowina (Fortführung)	340.000
2020	Bosnien und Herzegowina	Unterstützung des „United World College“ in Mostar, Bosnien und Herzegowina , bei der Durchführung der Veranstaltung „Mostar Model United Nations“, einer Konferenz für Schülerinnen und Schüler und Studierende über die Vereinten Nationen, Friedenssicherung sowie Kleinwaffenkontrolle	18.000
2020	Westbalkan	Einzahlung in den Treuhandfonds von UNDP „Western Balkans Small Arms and Light Weapons Control Multi Partner Trust Fund “ zur Förderung von Projekten zur Unterstützung der Implementierung der Roadmap für eine nachhaltige Lösung des illegalen Besitzes, des Missbrauchs und des illegalen Handels von Kleinwaffen und leichten Waffen und Munition auf dem Westbalkan (für Projektarbeit ab 2020)	2.000.000
2020	Westbalkan	Evaluierung der Projekte in Umsetzung der Westbalkan- „Roadmap“	87.000
2020	Westbalkan	Entsendung einer Führungskraft zur strategischen und operativen Begleitung der Umsetzung der Kleinwaffeninitiative WEB	80.000
2020	Westbalkan	Durchführung Überprüfungskonferenz Westlicher Balkan im Auswärtigen Amt	225.000
2020	Südosteuropa	Unterstützung des „Regionalzentrums in Südosteuropa für Fragen des Sicherheitsdialogs“ RACVIAC bei Durchführung von Seminaren zur Vertrauensbildung	50.000